

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Caren Lay, Susanne Ferschl, Gökey Akbulut, Matthias W. Birkwald, Jörg Cezanne, Ates Gürpınar, Sören Pellmann, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Gruppe Die Linke

Wohnungslosigkeit von Jugendlichen

In Deutschland sind immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene von Wohnungslosigkeit betroffen. Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. waren 2023 mindestens 607 000 Menschen in Deutschland offen oder verdeckt wohnungslos. 26 Prozent dieser wohnungslosen Menschen waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Sie leben in ungesicherten Wohnverhältnissen, etwa bei Freunden und Bekannten, in Notunterkünften oder sogar auf der Straße.

Im Januar 2024 waren laut Statistischem Bundesamt 439 500 Personen wegen Wohnungslosigkeit in Einrichtungen untergebracht, 40 Prozent davon waren jünger als 25 Jahre. Diese Zahlen sind alarmierend und werfen ein Schlaglicht auf die strukturellen Defizite im Bereich der Sozialpolitik und der Jugendhilfe.

Vor allem Jugendliche, die in Einrichtungen und Wohngruppen untergebracht sind, haben beim Übergang in die Selbstständigkeit ohne ausreichende Betreuung und Unterstützung oft Probleme und geraten nicht selten in die Wohnungslosigkeit.

Die Ursachen für Wohnungslosigkeit unter jungen Menschen sind vielschichtig und betreffen sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Faktoren: Familiäre Probleme, Missbrauch oder Suchtproblematiken führen häufig dazu, dass Jugendliche ihre Familien verlassen. Ohne breit verfügbare Übergangsprogramme, die jungen Menschen beim Eintritt in ein eigenständiges Leben helfen, bleiben Betroffene auf sich allein gestellt. Armut und Wohnungslosigkeit sind oft die Folge. Zusätzlich machen die hohen Mietpreise in vielen Städten und immer mehr Kommunen es jungen Erwachsenen schwer, geeigneten Wohnraum zu finden. Besonders dramatisch ist die Situation in Großstädten, in denen sehr hohe Mieten und eine angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt den Druck auf junge Menschen zusätzlich erhöhen.

Die Unterstützung von wohnungslosen Jugendlichen muss nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller nicht nur durch einen Ausbau von Notunterkunfts- und Übernachtungsplätzen erfolgen, sondern auch durch den Ausbau präventiver Maßnahmen, wie etwa Schulungen für den eigenständigen Lebensalltag, therapeutische Angebote und eine engere Zusammenarbeit mit sozialen Diensten und dem Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Wohnungslosigkeit bis 2030 zu bekämpfen. Auch das Europäische Parlament hat 2020 die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, bis 2030 die Straßenobdachlosigkeit abzuschaffen. Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass sie auf die be-

sorgniserregenden Entwicklungen reagiert und jungen Menschen eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit und Würde ermöglicht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche (gegenüber dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP) neuen Maßnahmen beinhaltet der Nationale Aktionsplan, um Wohnungslosigkeit junger Menschen zu verhindern, und wie ist hier der Umsetzungsstand?
2. Wie viele Personen unter 25 Jahren sind nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell wohnungslos, auf der Straße oder kurzfristig untergebracht (bitte nach Geschlecht und Bundesländern aufschlüsseln)?
3. Wie viele Personen unter 18 Jahren sind nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell wohnungslos, auf der Straße oder kurzfristig untergebracht (bitte nach Geschlecht und Bundesländern aufschlüsseln)?
4. Sofern für diese Altersgruppen keine gesonderten Daten vorliegen, wie plant die Bundesregierung, diese Erkenntnislücke zu schließen?
5. Unterstützt die Bundesregierung wohnungslose junge Menschen mit Housing-First-Konzepten, und wenn nein, wieso nicht?
6. Hat die Bundesregierung die Erfahrungen mit Housing-First-Modellprojekten in einigen Bundesländern (z. B. Bremen und Berlin) und Kommunen (z. B. Rostock) zur Kenntnis genommen, und welche Erkenntnisse zieht sie aus ihnen?
7. Wie geht die Bundesregierung mit der Problematik der sogenannten Care Leaver um, um zu verhindern, dass diese in die Wohnungslosigkeit abgleiten?
8. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Programme in anderen europäischen Ländern für „Care Leaver“?
9. Welche Maßnahmen sind geplant, um junge Erwachsene, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, gezielt zu unterstützen und diejenigen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, zu schützen?
10. Wie unterscheiden sich die o. g. Maßnahmen in ländlichen und städtischen Gebieten?
11. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung junge Erwachsene, die in Übergangswohnungen leben, darin, eine dauerhafte Unterkunft zu finden und sich eine stabile Lebensgrundlage aufzubauen?
12. Wie viele wohnungslose Jugendliche hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren bereits darin unterstützt, einen Weg aus der Wohnungslosigkeit zu finden (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
13. Welche finanziellen Mittel standen in den Haushalten 2020 bis 2024 für zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit bei Jugendlichen zur Verfügung?
14. Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für Wohnungslosigkeit von Jugendlichen und jungen Menschen in Deutschland?

Berlin, den 14. November 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe